

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Gerhard Kaniak, Dr. Dagmar Belakowitsch, Peter Wurm
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Freiheitliches Maßnahmenpaket zu Covid-19**

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 3.) Bericht des Gesundheitsausschusses über den Antrag 1197/A der Abgeordneten Gabriela Schwarz, Ralph Schallmeiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das Covid-19-Maßnahmengesetz geändert werden (629 d.B.) in der 77. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 14. Jänner 2021.

Mehr als ein Jahr nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie in Österreich herrscht nur mehr pures Chaos bei den Covid-19-Maßnahmen der schwarz-grünen Bundesregierung. Mittlerweile befinden wir uns bereits im 3. Lockdown, der von Bundeskanzler Sebastian Kurz und Gesundheitsminister Anschober den Österreichern verordnet worden sind. Obwohl vor Weihnachten 2020 den Österreichern in Aussicht gestellt worden ist, diesen 3. Lockdown ab dem 18. Jänner 2021 zu beenden, stehen wir vor dem Faktum, dass Schwarz und Grün diesen Ausnahmezustand in Österreich auf unbestimmte Zeit verlängern wollen. Dabei haben Kurz und Anschober die im Covid-19-Maßnahmengesetz festgelegten Grundlagen, um einen solchen Lockdown festzusetzen und zu verlängern, bereits längst verlassen. Ohne auf die tatsächliche gesundheitspolitische Situation im Lande einzugehen, wird das gesamte gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben einfach bis auf ein Minimum zurückgefahren. Die kurz-, mittel- und langfristigen Folgen dieser unverhältnismäßigen Covid-19-Maßnahmen sind noch gar nicht absehbar und werden in einem großen gesamtgesellschaftlichen, aber auch ökonomischen Mega-Schaden enden.

Dem stellt die FPÖ ein Alternativ-Programm entgegen, das sachpolitisch und verhältnismäßig auf die aktuelle Herausforderung durch Covid-19 reagiert:

1. Sofortiges Ende des Lockdowns

Die Situation in den Spitälern hat sich drastisch verbessert, die Infektionszahlen sind deutlich gesunken. Daher ist ein Lockdown-Ende nur logisch. Auch die Schulen müssen dringend zum Präsenzunterricht zurückkehren, da die Schüler keine Risikogruppe darstellen. Und inzwischen schadet der Lockdown mehr, als er hilft.

2. Vorlage von ehrlichen und transparenten Daten als Entscheidungsbasis

Die Bevölkerung hat ein Recht auf klare und nachvollziehbare Zahlen. Derzeit setzt sich aber das Zahlenchaos fort, das im Frühjahr begonnen hat. Vor allem die tatsächlich Erkrankten und nicht nur die positiv Getesteten müssen ausgewiesen werden, denn ein positiver Test bedeutet noch keine Erkrankung. Außerdem muss endlich differenziert werden, ob jemand mit oder an Covid19

gestorben ist. Das macht nämlich einen gewaltigen Unterschied. Aus diesen Zahlen kann man dann vernünftige Prognosen entwickeln.

3. Verpflichtende Überprüfung und Begutachtung aller bisherigen und künftigen Maßnahmen

Die gegenwärtigen und zukünftigen Maßnahmen müssen einer parlamentarischen und verfassungsdienstlichen Überprüfung und Kontrolle unterzogen und auch mit Experten diskutiert werden. Bisher hat Gesundheitsminister Anschober immer behauptet, seine Gesetzesvorlagen und Verordnungen halten allen rechtlichen Anforderungen stand. Aber das hat sich als falsch erwiesen, viele der Maßnahmen wurden vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben.

4. Konsequenter und rascherer Schutz der Bevölkerung über 75 Jahre und der Risikogruppen

Beim Schutz der Risikogruppen hat die Regierung bisher vollkommen gesagt, was man im Herbst vor allem in den Alten- und Pflegeheimen gesehen hat. Die dortigen Todesfälle sind auch auf fehlerhafte Masken zurückzuführen, die Heimbetreiber und -bewohner sind von der Regierung alleingelassen worden. Diese Menschen müssen endlich effektiv geschützt werden.

5. Aufstockung der Behandlungskapazitäten und der Kapazitäten der Gesundheitsbehörden

Die Aufstockung der Behandlungskapazitäten und der Kapazitäten der Gesundheitsbehörden ist notwendig, weil die Gesundheitsbehörden gerade beim Contact Tracing überfordert gewesen sind. Die Regierung hat es aber nicht geschafft, rechtzeitig darauf zu reagieren. Auch bei der amtsärztlichen Versorgung herrschen noch massive Defizite.

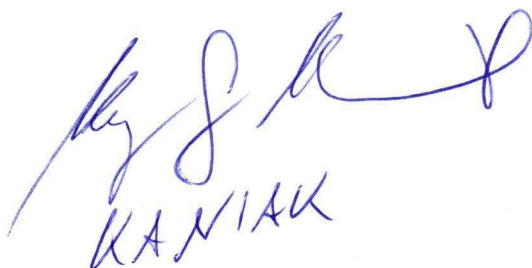
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden


Entschließungsantrag

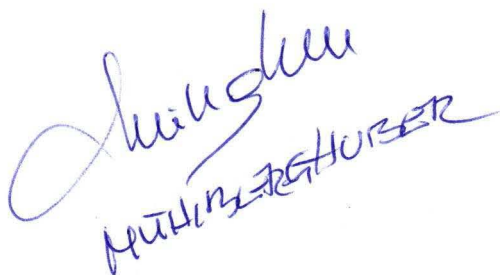
Der Nationalrat wolle beschließen:

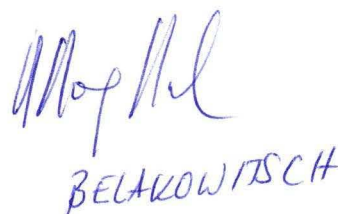
„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die gesetzliche Regelungen für folgende Maßnahmen umfasst:

- Das sofortige Ende des Covid-19-Lockdowns
- Die Vorlage von ehrlichen und transparenten Daten als Entscheidungsbasis
- Die verpflichtende Überprüfung und Begutachtung aller bisherigen und künftigen Maßnahmen
- Den konsequenten und rascheren Schutz der Bevölkerung über 75 Jahre und der Risikogruppen
- Die Aufstockung der Behandlungskapazitäten und der Kapazitäten der Gesundheitsbehörden


KANIAK


(ANGERER)


MÜLLER


BELAKOWITSCH


WERNER

